

NEWSLETTER

Post aus Berlin

Erster Erlebnisbericht eines parlamentarischen Geschäftsführers (PGF)



Liebe bayerische AfD-Mitglieder,

bei der Konstituierung unserer Bundestagsfraktion wurde ich zu einem der vier parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Was macht eigentlich ein PGF, wie er im Sprachgebrauch des Deutschen Bundestages heißt? Ein PGF ist der Manager der Fraktion. So, wie in einem Unternehmen der Geschäftsführer dafür sorgt, dass die Firma läuft, kümmert sich im Parlament der parlamentarische Geschäftsführer darum, dass die Abläufe in der Fraktion funktionieren. In der neuen AfD-Fraktion ist diese Aufgabe eine besondere Herausforderung, weil wir die Fraktion von Null an aufbauen. Es beginnt mit Fragen wie: woher bekommen wir Büros, Möbel dafür, wie sind Computer und Telefone zu beantragen, anzuschließen, über welches Konto erfolgt die richtige Abrechnung, an wen wenden wir uns für was in der Bundestagsverwaltung usw.

Kurzum, die ersten Wochen des Fraktionsaufbaus mussten wir Vollzeit dafür nutzen, überhaupt eine erste Arbeitsfähigkeit der Fraktion herzustellen, eine rein logistische Aufgabe. Dass wir es quasi "nebenher" geschafft haben erste Anträge inhaltlich fundiert vorzubereiten und ins Plenum zu bringen, somit auch politisch zu arbeiten, spricht für die Einsatzbereitschaft und Disziplin unserer Fraktion.

Alle MdB's und ihre Mitarbeiter sind hochmotiviert am Werk, erste Arbeitsgruppen haben sich gebildet und entwickeln eigene Initiativen. Die Gräben zwischen den verschiedenen Lagern unserer Partei treten in der Fraktion zunehmend in den Hintergrund, weil das gemeinsame Arbeiten an gemeinsamen Zielen einfach zusammenschweißt. Diese Entwicklung ist mir persönlich ein besonderes Anliegen, weshalb ich mich hierfür rund um die Uhr einsetze.

Erster Erlebnisbericht eines parlamentarischen Geschäftsführers (PGF)

Folgende Aufgaben erledigen die PGF's für die Fraktion. Weil es so viele sind und die bürokratischen Regeln des Bundestages seeeeeehrrrrrr zeitaufwendig sind, haben wir diese Aufgaben auf 4 parlamentarische Geschäftsführer verteilt.

- * Ältestenrat
- * Plenum
- * Fraktionsgremien
- * Initiativen
- * Vermittlungsausschuss
- * Ausschuss- und Gremienbesetzung
- * Organisation
- * Bundespartei
- * Fraktionsgeschäftsführer
- * Präsenz
- * Regierungsbefragung
- * Fragestunde
- * Aktuelle Stunde
- * Schriftliche Einzelfragen
- * Geschäftsordnung Bundestag
- * Sicherheitsbeauftragter
- * Presse und Kommunikation
- * Ordensangelegenheiten
- * Untersuchungsausschüsse
- * Koord. mit den AfD - LT Fraktionen
- * Besucherbetreuung
- * Verbindung Öffentlicher Dienst
- * Veranstaltungen der Fraktion
- * Diäten
- * Ausschuss- und Gremienbesetzung (stv.)
- * Inlandsdienstreisen der Abg.
- * Immunität
- * Rechtsstellung von Abg
- * Haushalt- und Finanzen
- * Raum- und Bauangelegenheiten
- * IT Angelegenheiten
- * Arbeitsordnung der Fraktion
- * Kontakte zu Verbänden, Stiftungen und Unternehmen
- * Interparlamentarische Beziehungen
- * Internationale Beziehungen
- * Auslandsreisen der Abg

Diejenigen Aufgabenbereiche, für die ich zuständig bin, sind am Ende der Aufstellung fett gedruckt. Im internen Aufbau des Fraktionsvorstandes kommen die 4 parlamentarischen Geschäftsführer gleich nach den beiden Vorsitzenden Dr. Weidel und Dr. Gauland, komplettiert wird der Fraktionsvorstand durch 5 stellvertretende Vorsitzende, darunter mit Peter Felser ein weiterer Bayer. Der personelle Aufbau der Fraktion wird von uns 4 PGF's gemeinsam entschieden, damit alle Landesgruppen und Lager möglichst gleich behandelt werden.

Bernd Baumann aus Hamburg (1. PGF), Jürgen Braun aus Baden-Württemberg, Michael Ependiller aus Nordrhein-Westfalen und ich aus Bayern konnten von Anfang an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickeln, die Spaß macht. Zum Justitiar unserer Fraktion wurde Stephan Brandner aus Thüringen so gut wie einstimmig gewählt, was unsere Fraktion weiter zusammenschweißt.

Das was für's erste, Fortsetzung folgt.

Euer

MdB Hans-Jörg Müller
Wahlkreis Traunstein/Berchtesgaden

Die AfD im Deutschen Bundestag

Jetzt geht es an die Arbeit: Ein Dutzend AfD-Abgeordnete im neuen Bundestags-Hauptausschuss

Nachdem die Regierungsbildung wohl noch länger dauern kann, wurde jetzt ein aus 94 Bundestagsabgeordneten bestehender Hauptausschuss als eine Art vorläufiges Arbeitsparlament eingesetzt. Die AfD-Fraktion stellt dort sechs Mitglieder: Bernd Baumann (Obmann), Roland Hartwig, Peter Felser, Hans-Rüdiger Lucassen, Jan Ralf Nolte, Gerold Otten und zusätzlich sechs Stellvertreter.

Der Hauptausschuss ist besonders wichtig, weil er vorläufig die Aufgaben aller sonst üblichen zwei Dutzend Fachausschüsse übernehmen muss. Die können erst gebildet werden, wenn eine neue Regierung steht, weil jeder Ausschuss spiegelbildlich zum Ressortzuschnitt der Ministerien eingerichtet wird. Das ist aber wegen der Sondierungsgespräche zunächst nicht möglich gewesen. Nach dem Platzen der Jamaika-Verhandlungen dürfte es sich nun noch viel länger hinziehen.

Nach der vergangenen Bundestagssitzung hat sich der Hauptausschuss unter Leitung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in einem besonders großen Konferenzsaal im Reichstag konstituiert und erste Themen diskutiert. Angesichts der langwierigen Regierungsbildung hatte der Bundestag die Einsetzung des Hauptausschusses beschlossen. Die Frage ist: Wie lange kann das so bleiben? Mit diesem Ausschuss - und den beiden weiteren für Petitionen und die Geschäftsordnung - wird kurzfristig die minimale Arbeitsfähigkeit der Abgeordneten hergestellt. Spätestens, wenn umfangreiche Gesetespakete durch den Bundestag sollen, müssen weitere Fachausschüsse provisorisch gebildet werden. Auch falls wegen eventueller Neuwahlen noch Monate bis zu einer neuen Regierungsbildung vergehen. Vorerst reicht der Hauptausschuss, um ein funktionierendes Gesetzgebungsverfahren zu gewährleisten.

Peter Felser, MdB



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw47-pa-konstituierung-hauptausschuss/532136>

Arbeitskreis Recht

Arbeitskreis Recht

Der Arbeitskreis Recht & Verbraucherschutz traf sich in der Kalenderwoche 47 zur Konstituierung. Ein entsprechender Ausschuss auf Plenar-Ebene wird mit nahezu voller Sicherheit erneut gebildet werden. Aus der Natur der Sache heraus dürfte gerade der eigentliche rechtliche Teil des AK eine Schnittstellenfunktion einnehmen. Die meisten Themen anderer Arbeitskreise werden rechtliche Zuarbeit benötigen. Projekte des AK Recht werden hingegen oft Dinge „im richtigen Leben“ berühren und sich daran orientieren müssen. Es erwartet uns eine aufwendige Arbeit für Details und im Stillen. Die Altparteien dürften uns genau auf die Finger schauen und keine Schonzeit geben.

Personell existiert ein guter Querschnitt aus Staatsanwälten, Richtern, Wirtschaftsjuristen und Verwaltungsbeamten. In der Kürze der Zeit wurden bereits mehrere sinnvolle Projekte angegangen:

Ausgearbeitet wird die Aufhebung des „Ehe-für-alle-Gesetzes“ und dafür die Einfügung eines Bekenntnisses zur Deutschen Leitkultur in das GG.

Natürlich die Abschaffung des NetzDG aus der Feder des Herrn Maas. Weiter eine Reform des Wahlrechts, welches die Anzahl der Abgeordneten deutlich reduziert und gleichzeitig verfassungskonform geht. Persönlich habe ich die Einführung des sog. „Three-Strikes“-Grundsatzes aus vielen US-Staaten in das deutsche Strafrecht angebracht.

Dies würde bei der dritten Verurteilung aufgrund erheblicher Gewaltverbrechen oder Verbrechen gegen die Allgemeinheit zwingend eine lebenslange Haftstrafe auslösen. Diese Maßnahme quasi gesellschaftspolitischer Notwehr werde ich auch bei allen rechtlichen Hürden weiterverfolgen.

Weitere Themen auf unserer Agenda sind u.a. die Einführung freier Richter-Wahlen sowie natürlich die volle Verankerung von Volksabstimmungen auf Bundesebene. Ein Antrag zur konsequenten Aussetzung des Familiennachzugs sowie andere migrationspolitische Maßnahmen werden derzeit vom AK für Inneres bearbeitet. Je nach Stoßrichtung mag sich dies von Fall zu Fall ändern.

Aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen habe ich mich als Ansprechpartner für Urheber- und Patentrecht, Datenschutz, Forschungsvertragsrecht und allgemeines öffentliches Recht gemeldet.

Im Arbeitskreis Digitale Agenda hat man mich gebeten, für Fragen zum Digital-Recht zur Verfügung zu stehen. Ich freue mich auch auf die verschiedenen Projekte und Ideen, die sicherlich aus allen Landesgruppen oder Bundesländern an uns herangetragen werden.

Tobias Matthias Peterka, MdB, Bayreuth

MdB Johannes Huber in den Petitionsausschuss gewählt



Bei der Fraktionssitzung der AfD im Bundestag am 21.11.2017 wurde Johannes Huber, Wahlkreis Freising, in den Petitionsausschuss gewählt. Damit wird der erste Fachausschuss, dem die AfD historisch im Deutschen Bundestag angehört, von einem bayerischen Vertreter besetzt. Stellvertreter im Petitionsausschuss ist Detlev Spangenberg aus Sachsen.

Am Mittwoch, den 22.11.2017 hat sich der Petitionsausschuss unter Vorsitz von Thomas Oppermann (SPD) konstituiert. Weil die SPD in diesem Ausschuss analog zum Regierungskabinett als geschäftsführende Bundesregierung gilt, stellt die AfD die stärkste Oppositionsfraktion mit entsprechenden Rechten dar.

So können u. a. auch die unerledigten Petitionen aus der vorherigen Wahlperiode eingesehen und ggf. ein Veto eingelegt werden. Bei allen neuen Petitionen an den Deutschen Bundestag kann die AfD einen Berichterstatter verlangen.

Eine Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen

Unter diesem Eindruck fand am Sonntag, den 19. November 2017, dem 75. Jahrestag der sowjetischen Offensive in Stalingrad, im Deutschen Bundestag die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag statt.

Dieser wurde 1919 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges vorgeschlagen und erinnert heute an die Opfer von Krieg, Gewaltherrschaft und Terrorismus. Inzwischen wird am Volkstrauertag auch ausdrücklich der bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefallenen deutschen Soldaten gedacht.

Auch deswegen trugen die MdBs und Begleitungen der AfD-Fraktion eine gelbe Schleife am Revers, um ihre Solidarität mit den Soldaten der Bundeswehr auszudrücken. Gleiches machten andere Gäste des Festaktes mit der Symbol-Blume Vergissmeinnicht. General a. D. Wolfgang Schneiderhan, der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, deutete in seiner Rede den Volkstrauertag auf „politisch korrekte“ Weise um und feierte die Europäische Union als Friedensgarant und denunzierte deren Kritiker als nationalistisch, rassistisch und hetzerisch.

Anschließend gedachte Bundespräsident Steinmeier den Toten in den Weltkriegen, den heutigen Kriegen und Bürgerkriegen, den Auslandseinsätzen sowie den Opfern von Terrorismus.

Einen Höhepunkt bildeten deutsche und russische Schüler, die Biografien von gefallenen deutschen und russischen Soldaten vortrugen und damit die Sinnlosigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen auf europäischen Boden aufzeigten.

Die Festrede hielt der EU-Ratspräsident Jüri Ratas, Ministerpräsident der Republik Estland. Er dankte im Namen des estnischen Volkes für die von Deutschland entgegengebrachte Freundschaft, verneigte sich vor dem „Einheitskanzler“ Helmut Kohl und mahnte wiederholt den Frieden an.



Gründung einer Gruppe für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten



Stephan Protschka, MdB
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Rottal-Inn

Berlin, 15.11.2017

PM Gründung einer Gruppe für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

+++ Andenken an Heimatvertriebene bewahren, Versöhnung in Europa fördern und deutsche Minderheiten unterstützen! +++

Dreizehn Abgeordnete der AfD Fraktion im 19. Deutschen Bundestag haben heute auf einer Arbeitssitzung in Berlin beschlossen, eine Gruppe zu gründen, die sich vornehmlich mit den Anliegen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und der deutschen Minderheiten im Ausland beschäftigen wird. Als Sprecher des Komitees wurde der Abgeordnete Stephan Protschka gewählt.

Nach dem jahrelang einige wenige Abgeordnete der Union die Anliegen der deutschen Minderheiten im Ausland und der Vertriebenen und Aussiedler im Inland wahrgenommen haben, ist diese Aufgabe jedoch in den letzten Jahren mit einem zunehmenden Desinteresse der Fraktionsführung konfrontiert gewesen. Das ist der überparteilichen und überkonfessionellen Arbeit der Vertriebenenverbände unwürdig.

Mit einer künftigen Gruppe für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten bekräftigen die teilnehmenden Abgeordneten ihr Bekenntnis zum Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, ihre Hoffnung auf eine echte Versöhnung in Europa und eine tragfähige Politik für die deutschen Minderheiten in der Welt.

Gründung einer Gruppe für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

als Gründungsvorsitzender für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten gewählt

Die Vertriebenen haben wieder eine Stimme im Bundestag!

Alternative
für
Deutschland

Stephan Protschka (MdB)

AfD-Fraktion mahnt die Einhaltung des Rechts und der Marktwirtschaft bei der Euro-Dauerrettung ein und fordert Bundesregierung zu Klage gegen EZB-Programme auf

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat unter Federführung von Peter Boehringer (BY) und Dr. Alice Weidel (BW) gleich in ihrem allerersten Antrag die AfD-Gründungsthemen „Euro-Kritik“, „Volksabstimmungen“, „nationale Souveränität“ sowie „Rückkehr zu Recht und Marktwirtschaft“ aufgegriffen und die inzwischen über zwei Billionen Euro teuren Euro-„Rettungs“-Programme der EZB schon im November in den Reichstag gebracht.

Die EZB betreibt nach Ansicht vieler Ökonomen und auch der AfD seit mindestens 2010 permanente und nach europäischem Recht verbotene Staatsfinanzierung. Dieser Meinung schloss sich bei den seit 2015 laufenden Anleihe-Kaufprogrammen von Staats- und Unternehmens-Anleihen, die 2017 bereits ein völlig unverantwortliches Niveau von 2400 Milliarden Euro erreicht haben, im Juli 2017 nun sogar das sehr EU-freundliche Bundesverfassungsgericht an.

Auf Basis einer aktuellen, gegenüber diesen „Asset Purchase“-Programmen sehr kritischen Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts fordert die AfD die Bundesregierung auf, gemäß Artikel 263 AEUV beim Europäischen Gerichtshof Klage zu erheben gegen sämtliche Beschlüsse des EZB-Rates zu den „APP“-Programmen.

Das Ausfallrisiko bei Käufen von ohne planwirtschaftliche Dauereingriffe der EZB sonst nicht marktfähigen Anleihe-Papieren wird über die EZB zu großen Teilen auf deutsche Steuerzahler von morgen übertragen. Dies in Größenordnungen, die inzwischen mehrere Jahressteuereinnahmen Deutschlands erreicht haben – und einen finanziellen bzw. fiskalischen Staatsnotstand auslösen können, wenn die Käufe nicht sofort mit Hilfe einer Klage der Bundesregierung gestoppt werden, was eine ganz andere politische Qualität hätte als ein einfacher Vorlagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts!



AfD-Fraktion mahnt die Einhaltung des Rechts und der Marktwirtschaft bei der Euro-Dauerrettung ein und fordert Bundesregierung zu Klage gegen EZB-Programme auf

Mit gleichem Antrag mahnt die AfD-Fraktion gemäß ihrem Wählerauftrag bereits heute die Bundesregierung, geltendes Verfassungsrecht auch bei der „Weiterentwicklung“ der EU einzuhalten. Ohne vorherige Volksabstimmung sind etwa die vom französischen Präsidenten Macron verlangten Integrationsschritte hin zu einem über EU-Steuern und EU-Schulden finanzierten EU-Zentralstaat gemäß Bundesverfassungsgericht rechtswidrig! Dies gilt sowohl für die Billionen Euro schwere „Fiskal- und Schuldenunion“ als auch für den von Macron vorgeschlagenen EU-Finanzminister: Der weitere, damit absehbare Marsch in den EU-Staat durch Abgabe zentraler Souveränitätsrechte der nationalen Parlamente und durch massive Kompetenzerweiterung der EU ist nicht nur in Deutschland rechtswidrig, sondern ist auch unter marktwirtschaftlichen und staatsrechtlichen Aspekten eine Zumutung!

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert von der Bundesregierung das klare Signal an Frankreich ein, dass Deutschland auch auf finanziellem Gebiet seine Souveränität künftig nicht mehr zu großen Teilen „europäisieren“ und damit aufgeben wird! Die Bundesregierung darf die o.g. Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und nationaler Verantwortlichkeit nicht, wie von Macron gefordert, durch weitere Kompetenzabgaben an die EU und über noch größere und intransparente Euro-„Rettungs“-Programme aufgeben. Die AfD als Partei des Rechts, der national verfassten bürgernahen Demokratie und der Marktwirtschaft lehnt alle Planungen in Richtung bürgerfern gelenktem, supranationalem EU-Zentralstaat mit primär deutscher Finanzierung ab.

Peter Boehringer, MdB



Gefällt Ihnen unser Newsletter?



Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de

Feedback

Eine Initiative der
AfD Landesgruppe Bayern im Bundestag